

Kein Öl mehr aus Russland

Berlin – Deutschland hat zum Jahreswechsel alle Importe von Rohöl aus Russland gestoppt. Hintergrund ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit 5. Dezember galt bereits ein EU-Einfuhrverbot für russisches Rohöl, das per Tanker kommt. Nun folgt ein deutsches Importverbot für Öl aus der Pipeline Druschba. Die ostdeutschen Raffinerien in Schwedt in Brandenburg und Leuna in Sachsen-Anhalt müssen deshalb die Bezugsquellen um-

stellen. Der Ostbeauftragte Carsten Schneider sieht den Wandel aber auch als Chance. Dafür gebe es zusätzliche öffentliche Investitionen von mehr als einer Milliarde Euro, sagte der SPD-Politiker. Das Öl-Embargo soll es für den russischen Präsidenten Wladimir Putin schwerer machen, den Krieg gegen die Ukraine zu finanzieren. Kritiker wenden ein, dass Russland das Öl an andere Abnehmer verkaufe und trotzdem Kasse mache. dpa

Handwerksleistungen werden teurer

Berlin – Die Deutschen müssen im neuen Jahr mit weiter steigenden Preisen für Handwerkerleistungen rechnen. „Denn für uns steigen ja nicht nur die Material- und Energiekosten. Wir haben steigende Krankenkassen-, Pflegeversicherungs-, Berufsgenossenschaftsbeiträge“, sagte der neue Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Jörg Ditttrich, der „Bild am Sonntag“. „Und am Ende kommen vom Staat noch 19 Prozent Mehr-

wertsteuer obendrauf.“ Das Ergebnis: „Die Lücke zwischen dem, was der Handwerker tatsächlich verdient, und dem, was die Stunde die Kundin oder den Kunden kostet, wird immer größer“, beklagte Ditttrich. Sorgen bereitet dem Handwerkspräsidenten auch der Fachkräftemangel. Dem Handwerk fehlten aktuell 250 000 Fachkräfte – „und die Zahl steigt täglich, denn auch bei uns kommen die Babyboomer jetzt ins Rentenalter“, sagte Ditttrich. afp

Grundsteuererklärung: Großteil fehlt weiterhin

München – Einen Monat vor Fristende hat sich die Quote bei der Abgabe der Grundsteuererklärung noch immer nicht merklich erhöht. Wie die „Welt am Sonntag“ unter Verweis auf das für die Elster-Plattform zuständige Bayerische Landesamt für Steuern berichtete, gingen bislang erst knapp 16 Millionen Erklärungen elektronisch bei den Finanzämtern ein. Das sind gut 44 Prozent.

Für die geplante Grundsteuerreform müssen 36 Mil-

lionen Immobilien neu bewertet werden. Bund und Länder haben die Frist bereits bis zum 31. Januar verlängert – zunächst galt sie bis 31. Oktober. Eine erneute Fristverlängerung schließt die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) aus. „Wir gehen davon aus, dass sich die Abgabequote im Laufe des Januars weiter verbessert“, sagte die Vorsitzende der Finanzministerkonferenz der Länder der „Welt am Sonntag“. afp

IN KÜRZE

Großbritannien kann EU nicht ersetzen

Großbritannien hat sein für den Jahreswechsel selbst gesetztes Ziel für Handelsverträge nach dem Brexit deutlich verfehlt. Weniger als zwei Drittel des Außenhandelsvolumens sind bislang durch Post-Brexit-Handelsverträge abgedeckt, wie ein Sprecher des britischen Handelsministeriums auf Anfrage bestätigte. Ursprünglich hatte die Regierung in London als Ziel ausgegeben, bis Ende 2022 sollten neue Handelsverträge 80 Prozent ausmachen.

Cyberkriminalität nimmt deutlich zu

Die Cyberkriminalität hat in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen. In den Jahren 2022 und 2021 machte einer Befragung des Branchenverbandes Bitkom zufolge nur knapp jeder Vierte in Deutschland keine Erfahrungen damit, wie die „Welt am Sonntag“ berichtet. 2020 waren demnach noch über 30 Prozent von Cyberkriminalität verschont geblieben, 2019 noch 40 Prozent.

Verband fordert mehr Busse für ÖPNV

Für ein besseres Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) braucht es aus Sicht der Interessensorganisation Agora Verkehrsverbände vor allem mehr Busse. „Wir sagen, diese Dekade muss die Dekade des Busses werden“, sagte Verbandsgeschäftsführer Christian Hochfeld der Deutschen Presse-Agentur. Die Verkehrsunternehmen stünden bei ihren Kapazitäten mit dem Rücken zur Wand. Der Ausbau der Schiene dauere jedoch zu lange.

Öko-Siegel für Gas und Atom in Kraft

Seit gestern gelten Atomenergie und Gas in der Europäischen Union als „nachhaltig“. Die sogenannte Taxonomie-Verordnung von 2020 wird um diese beiden Energiequellen erweitert. Die Verordnung sieht eine Klassifizierung nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten und damit verbundene Vorgaben für die Vermarktung von Finanzmarktprodukten vor. Wer Fonds oder Ähnliches als „ökologisch“ deklarieren will, muss die Anteile an nachhaltigen Investitionen offenlegen.

Banken erwarten moderate Inflation

Die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung des Bankenverbands im Winterhalbjahr in eine „moderate Rezession“ rutschen. „Insgesamt rechnen wir für 2023 mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Deutschland um bis zu ein Prozent“, sagte der Präsident des Bundesverbands deutscher Banken, Christian Sewing, den Zeitungen der Funke Medien-gruppe (Samstag). Der Verband ist damit pessimistischer als etwa die Wirtschaftsweisen.

Iran beschafft trotz Sanktionen Flieger

Der Iran hat trotz geltender Sanktionen vier gebrauchte Passagierflugzeuge zum Ersatz von Maschinen seiner alternden Flotte erhalten. Die iranische Luftfahrtbehörde bestätigt, dass vier Flugzeuge im Iran angekommen seien.

„Wir verheizen gerade unseren Urlaub“

INTERVIEW mit Fondsmanager über Konsumenten-Rezession, Zinsen und Aktienkurse

München – An der Börse gab es im vergangenen Jahr nichts zu gewinnen. Doch damit muss ein Aktionär auch mal zurechtkommen, findet der Fondsmanager Manfred Gridl. Denn im neuen Jahr gibt es neue Chancen. In welchen Branchen und in welchen Ländern diese liegen und welche Rolle die Notenbanken dabei spielen, besprachen wir im Interview.

Das vergangene Börsenjahr war miserabel. Das nächste kann eigentlich nur besser werden, oder?

Hoffentlich. Aber man muss festhalten: Mit minus zehn Prozent waren die Aktienmärkte in Europa zwar wirklich nicht gut, es war aber auch nicht katastrophal. Man darf nicht vergessen, dass wir zwischendurch auch schon 25 Prozent im Minus waren und die Kurse sich von daher schon sehr gut erholt haben. Also: Minus zehn Prozent bei Aktien, so etwas muss man als Investor schon mal aushalten.

Bei US-Technologieaktien waren die Verluste schlimmer. Sind die mittlerweile zu Schnäppchen geworden?

Das glaube ich nicht. Für die Technologieaktien erwarten wir eher so eine Entwicklung wie zur Jahrtausendwende, wo die Tech-Werte mehrere Jahre lang immer weiter gefallen sind. Ein Unternehmen wie Microsoft möchte ich da ausdrücklich ausnehmen, da haben ja ein wirklich nachhaltiges Geschäftskonzept und erzielen Milliardengewinne. Ich meine eher diese in der Corona-Zeit wahnsinnig gehy-



Der private Konsum zählt zu den Stützen einer Volkswirtschaft. Doch der dürfte angesichts der Energiepreise weiter schwächeln. FOTO: SVEN HOPPE, DPA



Manfred Gridl
Fondsmanager, München

Sie glauben, die gegenseitigen Absatzbewegungen zwischen Europa und China werden sich legen?

Ja. Die Chinesen haben ja kein Interesse daran, ihre Bevölkerung in Armut zu stürzen. Und wir können kein Interesse daran haben, unseren wichtigsten Absatzmarkt zu verlieren. Weder für Luxuswarenhersteller noch für Autobauer ist China derzeit durch irgend-einen anderen Markt zu ersetzen. Und dieser Markt wird auf Jahre hinaus noch wachsen.

bleibt noch Corona.

Von der Lockdown-Politik ist

Die Europäische Zentralbank ist dabei, ihren zweiten großen Fehler zu begehen.

An welchen Aktienmärkten sind die Chancen nächstes Jahr am größten, USA, Europa, Asien?

Die Aussichten in Europa sind gut. Die Bewertungen der Aktien sind im Durchschnitt deutlich niedriger als die Bewertungen in den USA. Das Kurs-Gewinn-Verhältnis in der Euro-Zone liegt im Schnitt bei zehn bis elf. In den USA ist es 16 bis 17. Das Potenzial ist da, dass es in Europa besser läuft als in den USA. Zumal davon auszugehen ist, dass sich die Lage in China im Lauf des Jahres normalisieren wird – was gut ist für exportstarke Länder wie Deutschland.

China ja schon abgerückt. Auch die Ansteckungszahlen werden in den nächsten Monaten ihren Schrecken verlieren, wenn die meisten Menschen infiziert waren. Ich glaube, die Frage ist nur, ob sich die Lage am Ende des ersten oder im zweiten Quartals normalisiert. Und dann sind auch entsprechende Nachhol-effekte zu erwarten.

Auf die hatte man nach Corona auch in Deutschland gehofft.

Tja, statt Nachholeffekten droht nun eher eine Konsumenten-Rezession. Und die wird wahrscheinlich sehr nachhaltig sein. Denn wir verheizen gerade unseren nächsten Urlaub. Die Rechnungen für die teure Energie kommen ja erst im ersten Halbjahr bei den Haushalten an. Dann wird die bislang eher theoretische Preisexplosion Realität.

Deshalb gibt es ja die Energiepreislösungen.

Aber die wirken erst ab März. Bis dahin kostet der Strom im München 60 Cent die Kilowattstunde. Und wenn der Preis dann dank Strompreisbremse auf 40 Cent gedeckelt wird, ist das immer noch viel mehr als im letzten Jahr.

Rechnen Sie mit einer starken Rezession?

Schwer zu sagen. Die Frage ist auch eher, wie lange wird die Rezession dauern? Und: Was kommt danach? Kommt es zu einem großen Aufschwung?

Die Europäische Zentralbank ist dabei, ihren zweiten großen Fehler zu begehen.

Oder läuft es mit angezogener Handbremse weiter? Ich fürchte letzteres. Weil die Europäische Zentralbank höchstwahrscheinlich jetzt dabei ist, ihren zweiten großen Fehler zu begehen.

Welche Fehler meinen Sie? Der erste war das hartnäckige Ignorieren der Inflation im vergangenen Jahr, da wurde der Inflation monatlang zugeschaut, und es gab keine Ansätze für Zinserhöhungen. Und jetzt werden in die Rezes-

sion hinein Zinsen immer weiter erhöht und ab März Staatsanleihen abverkauft. Das kann dafür sorgen, dass auf diese Rezession keine schnelle und deutliche Erholung folgen wird. Dann haben wir ein echtes Problem.

Aber die Inflationsbekämpfung ist doch Aufgabe der EZB?

Ja. Aber ich gehe davon aus, dass die Inflation ohnehin schon zur Jahresmitte deutlich sinken wird. Die Basis-

Wer eine Rendite oberhalb der Inflation haben will, muss auch in Aktien investieren.

werte sinken. Der Ölpreis etwa ist von 110 auf 80 Dollar je Barrel gesunken – und er wird nicht in der Rezession wieder deutlich ansteigen. Wir bekommen also von der Energie-seite einen deflationären Impuls. Und wir haben den europäischen Konsumenten, der 2023 sein Geld zusammenhalten muss. Kein Grund also für die EZB, die Zinsen weiter zu erhöhen.

Was ist mit den anstehenden Tarifverhandlungen? Erwarten Sie dadurch einen Inflationsschub?

Nein. Wenn die Verhandlungen anstehen, wird die Inflationsrate deutlich niedriger sein als momentan. Forderungen über 15 Prozent mehr werden dann wahrscheinlich neu beurteilt.

Heuer stehen die Zeichen dennoch weiter auf Zinserhöhung. Können Sparer denn darauf hoffen, dass sich bald ein Sparbuch

wieder rentiert?

Ich fürchte, nein. Und zwar deshalb nicht, weil die Schulden in Europa so hoch sind, dass es auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird, Zinsniveaus zu haben wie zur Jahrtausendwende. Was wir jetzt haben, nämlich zwei bis drei Prozent Zinsen auf Staatsanleihen, das ist wahrscheinlich schon das Höchste, mit dem man in den nächsten Jahren rechnen kann.

Also führt an Aktien kein Weg vorbei?

So ist es. Wer mittelfristig eine Rendite oberhalb der Inflation haben will, muss auch in Aktien investiert sein. Für Kleinanleger sind dafür Fonds am sinnvollsten.

Im vergangenen Jahr war eine Rüstungsaktie Gewinner der Jahres: Rheinmetall. Haben Sie einen Tipp für dieses Jahr? Vielleicht aus der Energiebranche?

Gerade da ist es sehr schwierig, einzelne Titel herauszuheben. Wer in diesen Sektor investieren will, sollte lieber in einen Fonds gehen, der darauf spezialisiert ist. Aber Vorsicht, gerade bei Megathemen wie Wasserstoff ist sehr viel Spekulation im Spiel. Und nur weil irgendwo Erneuerbare Energie draufsteht, sind noch lang keine Kursgewinne garantiert. Ich würde eher auf Luxusgüter aus Frankreich und Autos aus Deutschland setzen.

Sicherheitsbewusste Anleger investieren auch gern in Gold, weil das als Krisenwährung gilt. Der Kurs ist freilich im vergangenen Jahr

nicht gestiegen. Also doch keine Krisenwährung?

Es ist immer schwer zu sagen, warum ein Kurs nun steigt oder nicht steigt. Wenn man hört zehn Prozent Inflation, wäre der erste Impuls zu denken: Alle kaufen jetzt Gold, und der Kurs steigt. Vergangenes Jahr kam aber dazu, dass die Zinsen stiegen. Amerikanische Staatsanleihen rentierten wieder mit vier Prozent – und waren damit eine attraktive Alternative zu Gold. Aber ich glaube, dass der Goldpreis im Lauf der nächsten Jahre deutlich steigen wird. Die Inflation wird höher bleiben als in den vergangenen zehn Jahren. Da gewinnt der Aspekt des Werterhalts an Bedeutung. Und den wird man eher mit Gold erreichen als mit Kryptowährungen, die ja auch als Krisenanlage gepriesen wurden. Und die dann drei Viertel ihres Wertes verloren haben.

Interview: Corinna Maier
Georg Anastasiadis